

# Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — erscheint an jedem Werktag — — —  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Verleger  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)  
1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm  
30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz  
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhörnborn, Bretzig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thlemenborn, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. J. Förster's Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 241

Dienstag, den 15. Oktober 1929

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Mittwoch, den 16. Oktober 1929, vorm. 11 Uhr sollen in Pulsnitz, Restaurant  
„zum Bürgergarten“  
1 Schreibpult, 30 Stk. Stoff- und Arbeitshosen, 1 Nähmaschine für Schuh-  
macher, 1 Lederwalze, 6 Paar Damenschuhe, 2 Paar Stiefel  
meißtelnd gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.  
Pulsnitz, am 15. Oktober 1929. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Ankündigungen aller Art  
in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar  
bestem Erfolg.

## Das Wichtigste

Auf einem Spaziergang im Grunewald wurde der Landestheologe  
Prof. Otto von Sinitow von einem unbekanntem Mann durch einen  
Revolvererschuss in den Leib schwer verletzt. Allem Anschein nach  
wollte der Schütze den Professor ausrauben.  
Nach der Melbung Berliner Blätter aus Warschau sind fünf von den  
in Bromberg verhafteten deutschen Pfadfindern freigelassen worden.  
Der Leiter der Pfadfindervereinigung, der Lehrer Friedrich Wille,  
bleibt weiterhin in Haft.  
Die internationale Vereinigung der Völkerbündigen hat einen Wett-  
bewerb über eine Völkerbündigen eröffnet. Ein Holländer hat für  
diesen Zweck 3 Preise von 1000, 500 und 250 holländischen Gulden  
gespendet.

## Die Bedeutung der Gemeindevahlen.

Von Dr. Konrad Böing.

Am 17. November finden in den meisten deutschen  
Staaten die Wahlen zu den Gemeindeparlamenten statt. In  
früheren Jahren hat man bei Wahlen dieser Art die Er-  
fahrung gemacht, daß die Beteiligung an der Stimmabgabe  
erheblich schwächer blieb als bei der Entsendung der Reichs-  
und Landtagsabgeordneten. Häufig nämlich waren die  
Wähler in den Stadt- und Landgemeinden nicht recht klar  
über die große Bedeutung der Aufgaben der Gemeindepolitik,  
und sie betrachteten es oft nicht als besonders wichtig, daß  
gerade Nachbar Müller oder Lehmann ins Ortsparlament  
beordert wurde.

Der Sklarek-Standal nun, der erwiesen hat, daß ein  
paar dunkle Schieber unsere größte Stadtgemeinde um 10,  
12 oder gar 20 Millionen prellen konnten, zeigt aber, was  
innerhalb einer Kommunalverwaltung bei ungeeigneter Ge-  
schäftsleitung in üblichem Sinne möglich ist, tut aber auch dar,  
welch ungeheuren Schaden geeignete Männer wiederum von  
ihren Mitbürgern fernhalten und mehr noch, wie segensreich  
sie für ihre engeren Heimat wirken können. Richtige  
Männer am rechten Ort muß darum die Parole  
einer jeden Partei sein, die es ehrlich mit ihrer Heimat  
meint. Stellen sich überall die richtigen Männer an die  
Spitze? Zu einem Kommunalpolitiker — gleichgültig ob in  
größerer oder kleinerer Gemeinde — gehört Erfahrung, die  
man in praktischen Leben erworben haben muß, dazu muß  
das Vertrauen der Wähler und eine gewisse Gabe des Aus-  
drucks kommen. Leute, die nur Geschäfte bei der Stadtver-  
waltung machen wollen, nur Versorgungsstützen suchen oder  
auf fette Speiserechnungen ausgehen, werden besser fern-  
gehalten. Gut ist es, wenn eine Gemeindevertretung sach-  
verständige Fachleute enthält. Die großen Fragen  
des Wohnungsbau z. B. und der damit verbundenen  
Unterbringung der Wohnungslosen kann nicht aus dem  
Handgelenk heraus erledigt werden, bei der Vergabung der  
städtischen Lieferung und der Kritik und Beobachtung der  
städtischen Finanzverwaltung bedarf es handwerklich, kauf-  
männisch geschulter Stadtväter. Die im Gemeindeparlament  
sitzenden Lehrer müssen der Elternschaft die Gewähr bieten,  
daß eine Schulpolitik getrieben wird, die mit der Erziehungs-  
arbeit des Elternhauses übereinstimmt. Das Wohlfahrts-  
wesen darf nicht zur Versorgungsstelle für die Anhänger  
irgendeiner gerade herrschenden Richtung werden, auch darf  
es niemals darauf hinauslaufen, einen großen Teil der Be-  
völkerung dauernd aus den Taschen der anderen leben zu  
lassen.

Das Gemeindeparlament wird heute in vielen Orten  
dazu mißbraucht, endlose politische Reden zum Fenster hin-  
aus zu halten. Streng genommen gehört die Parteipolitik  
überhaupt nicht in die Gemeindevet-  
retungen. Im Rathaus sollen praktische Aufgaben ge-  
löst werden. Wer dafür sorgt, daß eine Straße richtig ge-  
pflastert wird, wer darauf hält, daß eine zuverlässige, nicht  
rein mechanisch die billige Firma diesen Auftrag bekommt  
und daß dieser Auftrag in der Gemeinde vergeben wird,  
leistet wichtige, verantwortungsvolle Arbeit.

Eine Stadt ist nicht dazu da, ihren eigenen Bürgern  
durch übermäßige Einrichtung kommunaler Werke Kontur-  
renz und schließlich den Garaus zu machen. Selbstverständ-

## Großer Bestechungs-Skandal in Koblenz

Die Sklareks machen Schule

Koblenz. Ein großer Bestechungs-Skandal ist  
überraschend in Koblenz aufgedeckt worden. Seit Jahren  
wurden alle Installationsarbeiten und Motoranlagen im  
Koblenzer Bezirk der Reichsbahndirektion Köln  
nur von der Firma Dunkel-Koblenz durchgeführt, die  
durchweg trotz der schlechten Wirtschaftslage und schwierigen  
Beschäftigungsmöglichkeit im Koblenzer Bezirk 500 Arbeiter  
jahrelang bei Bahnarbeiten beschäftigten konnte, während  
große deutsche Firmen wie Siemens und A. E. G. trotz ihrer  
bekannteren Konkurrenzfähigkeit keinen Auftrag von den dor-  
tigen Reichsbahnstellen erhalten konnten. Da nun die  
Firma Dunkel trotz dieser glänzenden Beschäftigungs-  
möglichkeit nicht florierete, stellte sich eines Tages der Konkurs  
ein, da der Geschäftsinhaber die Tausende noch schneller  
ausgeben konnte, als sie eintamen.

In dem Konkursverfahren, das in den letzten Tagen  
eingeleitet wurde, wurden nun eigenartige Gründe für die  
rege Geschäftstätigkeit festgestellt. Die Firma hat es ausgezeich-  
net jahrelang verstanden, alle die Stellen, welche die einzel-  
nen Arbeiten zu vergeben hatten, zu schmieren. Eine einzige  
Kette von der Firma bis zum höchsten Beamten der zustän-  
digen Reichsbahnbehörden in Koblenz, dem Leiter des Ma-  
schinenbauamtes, Reichsbahnoberrat Frey, muß bestanden  
haben. Bei der Eröffnung des Konkurses wurden durch den  
Konkursverwalter unter den Geschäftspapieren Aufzeich-  
nungen entdeckt, nach denen eine

Reihe von Beamten des Maschinenamts Koblenz  
sich schwerer Verschulungen

auf dem Gebiete des Vergewaltigungswesens schuldig gemacht  
hat. Die gerichtliche Untersuchung ist bereits  
durch die Staatsanwaltschaft eingeleitet. Die ersten  
Vernehmungen sind erfolgt und haben bisher zur Fest-  
nahme von sechs Personen geführt; man verhaftete  
den Inhaber der Firma Dunkel, den Leiter des Maschinen-  
amtes, Reichsbahnoberrat Frey, den ersten Vertreter des  
Vorstandes, Betriebsingenieur Schneider, den ersten  
Bürobeamten des Maschinenamtes, Reichsbahninspektor  
Dierke, den Maschineninspektor Glasmacher des zu-  
ständigen Betriebswertes und den technischen Reichsbahn-  
obersekretär Krebs von der Reichsbahndirektion Köln. Die  
Untersuchung gegen die Verhafteten und die weiterhin Be-  
schuldigten ist im vollen Gange. Die gerichtliche Unter-  
suchung erstreckte sich auf das Gebiet der Amtsunter-  
suchung und der aktiven und passiven Bestechung.

## Auch dunkle Grundstücksgeschäfte der Sklareks?

Berlin. Der Untersuchungskommissar des brandenbur-  
gischen Oberpräsidenten, Oberregierungsrat Tapolski, hat  
die Untersuchungen im Fall Sklarek auf mehrere Beamte  
der Berliner Stadtbank ausgedehnt, da durch die Sklareks  
und indirekt durch die Stadtbank auch gewisse Grund-  
stücksgeschäfte gemacht worden sind, in denen nach  
Aussage der Beschuldigten ein städtischer Beamter in leiten-  
der Stellung beteiligt gewesen sein soll. Oberregierungsrat  
Tapolski hat auch eine Reihe von Unterbeamten sowie  
die Bürgermeister der einzelnen Bezirke als Zeugen geladen,  
um festzustellen, ob die Bezirksämter von sich aus der Stadt-  
bank in bestimmten Abständen Unterlagen über die bei der  
R.B.G. gekauften Waren gegeben haben, und um zu ermit-  
teln, bis wann eine ordnungsmäßige Abrechnung hierüber bei  
der Stadtbank erfolgt ist.

Max Sklarek ist im Untersuchungsgefängnis leicht er-  
krankt, so daß der Gefängnisarzt ihn von körperlichen Arbeit-  
en, dem Aufräumen der Zelle usw. befreit hat. — Der Haft-  
entlassungsbefehl für den Buchhalter Lehmann ist abge-  
lehnt worden.

## Durchstechereien im Untersuchungs- gefängnis

Die Gebrüder Sklarek auseinandergelegt

Berlin, 15. Oktober. Die Gebrüder Sklarek, die  
bisher im Untersuchungsgefängnis des Landgerichts II auf  
einem Korridor untergebracht waren, sind auseinandergelegt  
worden. Max und Billy haben schon vor einigen Tagen  
in einem anderen Flügel und zwar räumlich weit ge-  
trennte Zellen erhalten. Am Montag ist nun auch der  
dritte Bruder Sklarek in eine andere Zelle gelegt worden,  
nachdem sich herausgestellt hatte, daß alle drei Brüder zum  
Teil mit, zum Teil ohne Erfolg verurteilt hatten. Durch-  
stechereien vorzunehmen. Max und Billy hatten sich auf  
noch nicht aufgeklärte Weise Zigaretten beschafft. Leo Sklarek  
besaß dagegen eine Vorliebe für Alkohol. Er ließ sich auf  
rätselfhafte Art und Weise Kognak und Wein besorgen. Durch  
einen Zufall wurden die Flaschen gefunden. Es soll eine  
Untersuchung darüber eingeleitet werden, wie es möglich war,  
daß Leo Sklarek sich Spirituosen verschaffen konnte. Von  
amtlicher Seite wird betont, daß den drei Sklareks bei der  
Einkaufung in das Untersuchungsgefängnis ihre Vorräte,  
die außerordentlich reichlich waren, abgenommen worden seien  
und daß die drei Brüder nur den gesetzlich zulässigen Min-  
destsatz erhielten, um sich selber zu beköstigen.

Der Mahnruf des Grenzlandes.

Schneidemühl. Am Sonntag fand in der hart an der  
polnischen Grenze gelegenen Kreisstadt Flatow eine große  
Deutschtums- und Grenzlandkundgebung statt, veranstaltet  
vom Deutschen Ostmarkenverein und vom Deutschen Ostbund.  
Die Kundgebung sollte bezwecken, endlich einmal die weiteste  
Öffentlichkeit, vor allem das Reich, auf die drohenden Ge-  
fahren, die im Osten liegen, aufmerksam zu machen. Die  
Ministerialkommissionen für die polnischen Grenzgebiete  
haben hier eine Lage geschaffen, die so bedrohlich wird, daß unbedingt ein  
entschiedenes Eingreifen und kulturelle und wirtschaftliche  
Stützung des Grenzlandes notwendig wird.

Gelegentlich dieser Veranstaltung wurde einstimmig eine  
Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: „Die um  
den Bismarckturm in Flatow versammelten Deutschen des  
Kreises Flatow ohne Unterschied der Parteien und Konfession  
weisen die Reichsregierung und Staatsregierung auf die be-  
sonderen großen nationalpolitischen Gefahren in  
dem von polnischen Elementen bedrohten Kreise Flatow  
hin und erwarten, daß die Reichs- und Staatsregierung  
unter voller Anerkennung ihrer größten Not, Geldnot,  
Siedlungsnot und Verkehrsnot, mit allen  
Mitteln tatkräftige durchgreifende und dringende Hilfsmaß-  
nahmen durchführen. Das Deutschtum im Kreise Flatow  
kann nur dann seine schweren vaterländischen Aufgaben an  
der Grenze erfüllen, wenn es der tatkräftigen  
Unterstützung der Reichsregierung und des  
ganzen deutschen Volkes sicher ist.“

## Österreich ändert keine Verfassung.

Der Verfassungsentwurf der Regierung Schöber.

Wien. Der Verfassungsentwurf der österreichischen  
Regierung Schöber sieht, wie aus Wien gemeldet wird, die  
Wahl des österreichischen Bundespräsidenten durch die ge-  
samte wahlberechtigte Bevölkerung vor. Sollte der erste  
Wahlgang keinem die zur Gültigkeit der Wahl vorgesehene  
absolute Mehrheit verschaffen, so ist ein zweiter Wahl-  
gang vorgesehen, und zwar diesmal von der Bundesver-  
sammlung, das ist Nationalrat und Bundesrat, verstärkt  
durch die Bezirksstimmen der Landesregierungen, der Akademie  
der Wissenschaften und der Rektoren der österreichischen  
Hochschulen. Der Verfassungsentwurf sieht ferner die Ber-

